



48. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.03.2019, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung** *Die Niederschrift wird nachgereicht.*

- 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 **Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen 19/SVV/0034** *Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -*
 - 4.2 **Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell) 19/SVV/0041** *Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -*

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 5.1 **Terminorganisation bei der ambulanten Frühförderung**
 - 5.2 **Öffentlich rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII zwischen der LHP und dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger**

- 5.3 Sachstand Umzug in die Behlertstraße
- 5.4 Umzug Pflegestützpunkt und Seniorenbüro in das Haus 1

- 6 Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019**

Die Niederschrift wird nachgereicht.

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Gäste:

Herr Steffen Grebner	Klinikum Ernst von Bergmann
Herr Rüdiger van Leeuwen	Vorsitzender Vorsitzender des Sprecher*innenrates der PSAG
Herr Manfred Hildenbrand	Seniorenbeirat
Herr Maximilian Adams	CDU Kreisverband Potsdam
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Lars Schmäh	Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Dr. Kristina Böhm	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Angelika Ehebrecht	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Dr. Maria Radzimanowski	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule
- 5 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0865
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0882
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 6.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln
Vorlage: 18/SVV/0962
Fraktion CDU/ANW

- 6.3 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen
Vorlage: 19/SVV/0034
Fraktion CDU/ANW
- 6.4 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne
Mobilität
Vorlage: 19/SVV/0038
Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm
- 6.5 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung
in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)
Vorlage: 19/SVV/0041
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes
Vorlage: 19/SVV/0073
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Hundetagesstätte Klinikum Ernst von Bergmann
- 7.2 Potsdam Inklusive mit und durch Sport
- 7.3 Information zur Strukturveränderung
- 7.4 Information zur Richtlinie Kosten der Unterkunft
- 7.5 Sachstand aktuelle Entwicklung Frühförderung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.
Sie begrüßt Frau Gerber als neue sachkundige Einwohnerin für die Fraktion DIE aNDERE.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 15.01.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Frau Eisenblätter informiert, dass die Befassung mit der Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule zunächst nicht erforderlich ist, da sich der Arbeitskreis Schulwegsicherung derzeit mit der Lösung der durch die Elternvertreter dargestellten Probleme befasst. Somit kann der TOP 4 entfallen.

Frau Eisenblätter verweist auf die Tagesordnungspunkte 6.2 „Stadtwald in Babelsberg entwickeln“ und 6.4 „Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität“. Sie schlägt vor, die beiden Drucksachen lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da der GSI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist. TOP 6.6 „Stärkung des kommunalen Ehrenamtes“ sollte ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, da der Hauptausschuss dem Antrag bereits zugestimmt hat.

Unter „Sonstiges“ gibt es von Seiten der Verwaltung Informationen zur Notfalldose und zu einer Veranstaltung.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wird **mehrheitlich bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Okurka informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** vom 18.02.2019 getagt und umfassende Informationen zum Bundesteilhabegesetz durch Herrn Lehmann erhalten hat.

Der Bericht des **Seniorenbeirates** wurde allen Ausschussmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zugeschickt.

Herr Puschmann ergänzt, dass die letzte Beiratssitzung im Kulturhaus Babelsberg stattgefunden hat. Die neue Geschäftsordnung des Seniorenbeirates wurde vorgestellt und einstimmig verabschiedet. Die Aufstellung des neuen Seniorenbeirates wird vorbereitet. Die Wahl soll am 03.09.2019 erfolgen.

Abschließend informiert er, dass sich der Seniorenbeirat für die Anschaffung von 1.000 Notfalldosen durch die Landeshauptstadt Potsdam ausgesprochen hat.

zu 4 Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 5 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0865

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

Frau Dr. Radzimanowski (Fachbereich Soziales und Gesundheit) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Seniorenplan vor und geht dabei eingangs auf den Planungsauftrag ein. Sie verweist auf den 7. Altenbericht der Bundesregierung, der als Grundlage genutzt wurde. Frau Dr. Radzimanowski weist darauf hin, dass ca. 32.700 Menschen in der Landeshauptstadt Potsdam über 65 Jahre alt sind und gibt einen Überblick über die Verteilung in Potsdam.

Danach gibt sie Erläuterungen zum Aufbau des Seniorenplans und stellt dann die nächsten Schritte vor.

Herr Hildenbrand (Seniorenbeirat) betont, dass er festgestellt hat, dass gegenüber dem Entwurf vom Herbst 2018 eine hervorragende Formulierung gefunden wurde. Er empfiehlt dem Ausschuss, in der Stadtverordnetenversammlung darauf hinzuwirken, dass unter Beteiligung aller Ressorts der Stadtverwaltung Strategien für die Umsetzung des Planes entwickelt werden. Auch Vertreter der Stadtpolitik, die Wohlfahrtsverbände, die Bürgerinnen und Bürger und weitere Akteure sind bei der Erarbeitung von Maßnahmeplänen einzubeziehen.

Herr Puschmann bedankt sich bei Frau Dr. Radzimanowski für den Plan und hebt vor allem das Bild auf dem Deckblatt hervor, das sehr deutlich zeigt, dass die Senioren noch sehr aktiv sind.

Er teilt mit, dass die Bauministerin des Landes Brandenburg durch den Seniorenbeirat aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, dass kleinere bezahlbare Wohnungen für Senioren errichtet werden. Er macht deutlich, dass es nicht sein kann, dass Senioren ihre große Wohnung gegen eine kleinere tauschen und dafür mehr Miete zahlen. Hier müssen Lösungen gefunden werden. In Neubaugebieten muss daran gedacht werden, dass Begegnungsstätten für junge und ältere Bürger errichtet werden.

Abschließend betont er, dass es eine gute und enge Abstimmung des Seniorenbeirates zum Thema Wohnen mit Herrn Jekel gibt.

Frau Dr. Herzel lobt den Seniorenplan und macht deutlich, dass dieser nun mit Leben erfüllt werden muss. Zum Abschnitt Wohnen und Wohnumfeld, stellt sie fest, dass alle Angebote im Stadtzentrum angesiedelt sind. Es steht aber auch im Plan, dass es wichtig ist, dass alleinlebende ältere Menschen nicht vereinsamen sollen. Sie mahnt an, dass auch z.B. in Golm eine Begegnungsstätte gebaut wird. Die Einrichtungen sollten fußläufig erreichbar sein, auch um den ÖPNV zu entlasten.

Frau Schulze bittet darum, dass schnellstmöglich die Beschlussvorlage zur Finanzierung der zu entwickelnden Maßnahmen vorgelegt wird.

Frau Tietz fragt mit Bezug auf bezahlbare Wohnungen nach, welchen Anteil ihres Einkommens Senioren für die Miete aufbringen.

Frau Dr. Radzimanowski hat keine entsprechenden Zahlen vorliegen, sagt aber zu, dies zu recherchieren und die Zahlen nachzuliefern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0882

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Frau Magnussen (Fachbereich Soziales und Gesundheit) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept vor. Eingangs verweist sie auf die gesetzlichen Grundlagen und den Planungsauftrag. Sie erläutert den Prozess zum Maßnahmenplan und geht dann auf die Inhalte ein. Sie stellt die Ziele vor und geht näher auf das Ziel 5.1 ein. Anschließend stellt sie die finanziellen Auswirkungen dar.

Abschließend macht sie auf den Online-Wegweiser Seelische Gesundheit aufmerksam.

Frau Schulze fragt, ob die Haushaltsmittel 2019 gesichert sind.

Dies wird von Herrn Thomann bestätigt.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) bittet darum, dass neben der Infrastruktur in Neubaugebieten auch Einrichtungen für psychisch Erkrankte eingeplant werden.

Herr Otto dankt für die Verstetigung der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Störungen (KBS).

Frau Schulze spricht die 4 Enthaltungen von Mitgliedern der PSAG bei der Abstimmung über den Maßnahmenplan an und fragt nach den Gründen.

Herr van Leeuwen (Vorsitzender des Sprecher*innenrates der PSAG) betont, dass der Plan ein Ergebnis der Arbeit der PSAG in den letzten zwei Jahren ist. Er macht deutlich, dass in der PSAG Träger vertreten sind, die auch eigene Interessen verfolgen. Zu den Gründen der Enthaltungen kann er keine Aussage treffen.

Abschließend informiert er, dass am 20.02.2019 ein neuer Sprecher*innenrat der PSGA gewählt wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich mit 6 Zustimmungen und 1 Enthaltung angenommen.

zu 6.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln

Vorlage: 18/SVV/0962

Fraktion CDU/ANW

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Vorlage: 19/SVV/0034

Fraktion CDU/ANW

Herr Adams (CDU Kreisverband Potsdam) macht deutlich, dass zunächst die vorhandene Struktur aufgenommen und geprüft werden muss, wo es Probleme gibt und wo es bereits gut läuft. Er betont, dass die Wertschätzung der Lebensmittel gesteigert und ein gesundheitsförderndes, transparentes und nachhaltiges Ernährungssystem geschaffen werden soll. Damit könne u.a. die Nahversorgung sowie die Direktvermarktung regionaler Produkte verbessert werden.

Frau Dr. Böhm (Fachbereich Soziales und Gesundheit) erklärt, dass die Verwaltung dem Ernährungsrat grundsätzlich positiv gegenüber steht. Sie betont, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt, das geschäftsbereichsübergreifend vorangebracht werden muss.

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er betont, dass geprüft werden muss, welche Organisationsform für die Landeshauptstadt Potsdam sinnvoll ist.

Frau Schulze hält es für erforderlich, dass auch das Ernährungsinstitut in Rehbrücke hinzugezogen wird. Sie weist darauf hin, dass geklärt werden muss, wer den Zwischenbericht geben soll. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass ein Zwischenbericht im März 2019 nicht mehr möglich ist.

Herr Dr. Wegewitz macht deutlich, dass der Antrag eher durch die Wirtschaftsförderung zu bearbeiten sei. Er kann keine Gesundheitsförderung erkennen und somit auch keine Zuständigkeit des GSI-Ausschusses. Er sieht die Zuständigkeit beim Hauptausschuss.

Herr Finken betont, dass Ernährung durchaus mit Gesundheit zu tun hat.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass dies ein sinnvoller Antrag ist und konkret festgelegt werden sollte, wer federführend die Prüfung übernehmen soll.

Herr Otto hält es ebenfalls für wichtig festzulegen, wer den Antrag federführend bearbeiten soll. Wenn ein Konzept erstellt werden soll, sollte dies auch so im Antrag formuliert werden.

Herr Finken schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und zu präzisieren.

Frau Eisenblätter stellt die **Zurückstellung** der vorliegenden Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.4 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität

Vorlage: 19/SVV/0038

Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)

Vorlage: 19/SVV/0041

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bittet um Zurückstellung der Drucksache.

Frau Eisenblätter stellt die **Zurückstellung** der vorliegenden Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Vorlage: 19/SVV/0073

Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Hundetagesstätte Klinikum Ernst von Bergmann

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) erklärt, dass durch die Bauverwaltung eingeschätzt wird, dass die Umnutzung zur Hundebetreuung im Ergebnis des gemeinsamen Ortstermins mit Vertretern der im Wesentlichen vom Vorhaben betroffenen Behörden und nach dem jetzigen Stand des Baugenehmigungsverfahrens genehmigt werden kann.

Auf Nachfrage erklärt er, dass das Protokoll des Ortstermins der Bauakte beigelegt ist.

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass auch von Seiten der Bereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst und Veterinär- und Lebensmittelüberwachung positive Stellungnahmen angegeben wurden.

Herr Grebner (Klinikum Ernst von Bergmann) erklärt, dass derzeit 12 Hunde in der Hundetagesstätte betreut werden. Es liegen bereits sehr viele weitere Anfragen vor. Derzeit wird geprüft, ob auch die Versorgung von Tieren von Patienten übernommen werden könne.

Er betont, dass es sich um eine Maßnahme der Mitarbeiterbindung und Personalgewinnung handelt.

Herr Otto hält die Versorgung von Tieren von Patienten für sehr wichtig.

Frau Schulze bittet, die Standortfrage zu überdenken, da sie den Standort nicht für optimal hält.

Daraufhin betont Herr Grebner, dass dies die bestmögliche Räumlichkeit ist, die gefunden wurde. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Hunde nicht ausschließlich vor Ort befinden, sondern auch an anderen Orten, wie z.B. Hundelaufplätzen betreut werden.

zu 7.2 Potsdam Inklusive mit und durch Sport

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) stellt anhand einer Präsentation eine Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden Umfragen aus dem Jahr 2017 sowie die möglichen Konsequenzen daraus vor. Er verweist auf

die beiden AkteurInnen-Konferenzen zur Inklusion im und durch Sport, die bisher durchgeführt wurden. Eine weitere Konferenz ist für den 05.06.2019 geplant.

zu 7.3 Information zur Strukturveränderung

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) informiert über die Strukturveränderung im Fachbereich Soziales und Gesundheit (FB 38) und die Neugründung des Fachbereichs Wohnen, Arbeit und Integration (FB 39). Hintergründe waren u.a. die Personalnot, die enorme Größe des Fachbereichs Soziales und Gesundheit sowie das Finanzvolumen. Die Verfügung wurde zum 01.01.2019 umgesetzt. Ziel war auch, eine bessere Integration von Geflüchteten zu realisieren. Der Bereich Wohnen ist aus dem FB 38 herausgelöst und jetzt im FB 39.

Die „sozialen Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ (u.a. Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften) werden ebenfalls dem FB 39 zugeordnet. Insbesondere die Zusammenarbeit mit externen Trägern kann aber erst vollständig umgesetzt werden, wenn zusätzliches Personal vorhanden ist.

Die Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung ist jetzt der Bereich Arbeit und Integration im FB 39. Auch die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser gehören jetzt zum FB 39.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) leitet kommissarisch den Fachbereich mit ca. 90 Mitarbeitenden.

zu 7.4 Information zur Richtlinie Kosten der Unterkunft

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) teilt mit, dass die verschiedenen betroffenen Bereichen in den Fachbereichen 38 und 39 in einer Arbeitsgruppe derzeit eine gemeinsame grundlegende Überarbeitung der Arbeitsanweisung Kosten der Unterkunft erfolgt. In der Arbeitsanweisung ist die praktische Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung in den Sozialgesetzbüchern II und XII geregelt.

Folgende Themen sind vordringlich neu zu regeln:

1. Einmalige Bedarfe (Übernahme von Umzugs- und Renovierungskosten)
2. Mehrbedarfe in „temporären“ Bedarfsgemeinschaften (i.d.R. Bedarfsgemeinschaften mit gemeinsamem Sorge-/ Umgangsrecht)
3. Heizkosten und dezentrale Warmwasserversorgung
4. Angemessene Wohnkosten (Bestimmung der Referenzmiete)

Die Arbeit an den Themen 1 und 2 ist bereits abgeschlossen und in Kraft gesetzt. Für die Punkte 3 und 4 wird vom Abschluss der Arbeiten durch die Arbeitsgruppe im März ausgegangen. Alle Änderungen werden anschließend in einer Neufassung der Arbeitsanweisung zusammengefügt. Eine Information der Stadtverordnetenversammlung über die wesentlichen Änderungen wird anschließend in Form einer Mitteilungsvorlage erfolgen.

Frau Schulze fragt, ob ein Beschluss durch die Trägerversammlung des Jobcenters oder andere Gremien herbeigeführt werden muss.

Herr Jekel und Herr Thomann erklären, dass dies ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist.

zu 7.5 Sachstand aktuelle Entwicklung Frühförderung

Frau Kitzmann erklärt, dass Fragen vom Beirat für Menschen mit Behinderung vorgelegt wurden, die durch die Verwaltung beantwortet werden. Sie verliest die Fragen und die Antworten dazu. Fragen und Antworten werden als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt.

Sie informiert, dass mit Stand der Erhebung 22.01.2019 insgesamt 327 Förderungen ausgesprochen wurden.

Frau Ehebrecht geht auf die weiteren Fragen ein.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) macht deutlich, dass mit der Steigerung der Zahl der Anwohner davon auszugehen ist, dass auch der Bedarf an Frühförderung steigt. Er bittet, dies bei den Planungen zu berücksichtigen.

Frau Kiss bittet zu beachten, dass die Frühförderleistungen auch für den Übergang von der Kita zur Schule genutzt werden können. Hiermit kann der Übergang zur Schule erleichtert und die Zusammenarbeit mit der Schule verbessert werden.

zu 8 Sonstiges

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass durch die Landeshauptstadt Potsdam 1.000 Notfalldosen bestellt wurden. Im Vorfeld ist eine Ausschreibung erfolgt. Die Notfalldosen sind inzwischen eingegangen. 500 sollen an den Seniorenbeirat verteilt werden. 500 Notfalldosen können durch die Verwaltung verteilt werden.

Frau Kiss bittet, auch den Beirat für Menschen mit Behinderung bei der Verteilung der Notfalldosen zu berücksichtigen.

Frau Schulze weist darauf hin, dass auch alleinerziehende Mütter und Väter berücksichtigt werden sollen.

Herr Thomann erklärt, dass die Notfalldosen an die Personen verteilt werden, die finanziell bedürftig sind.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass am 20.02.2019, 18:00 Uhr im „Thalia“ Kino anlässlich des 10. Jubiläums des Arbeitskreises Wohnungslos eine kostenlose Vorführung des Dokumentarfilms „Draußen“ mit anschließendem Gespräch zum Thema Wohnungslosigkeit in Potsdam stattfindet. Der Arbeitskreis möchte die Vorführung des Films nutzen, um mit den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern wie auch von Wohnungslosigkeit Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

Nächste Sitzung des GSI-Ausschusses: 19. März 2019, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

TOP 7.5 des GSI am 19.02.2019, Fragen des Beirates für Menschen mit Behinderungen und des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Herrn Richter, zum Sachstand der Frühförderung in der Landeshauptstadt Potsdam

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Sitzung des GSI am 19.02.2019 hat Herr Thomann zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion die durch Herrn Richter an die Verwaltung gerichteten Fragen und deren Beantwortung zu übermitteln.

Frage 1: Wie haben sich die Zahlen der Kinder mit Frühförderungsbedarf in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Die Entwicklung der Fallzahlen in der Frühförderung entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle.

Tabelle 1: Fallzahlen in der Frühförderung in der LHP in den Jahren 2014 - 2018. Die Jahreszahlen stellen den Mittelwert des jeweiligen Jahres dar.

Hilfeart / Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
amb. FF*	189	211	228	236	242
amb. FF (Autismus)	5,75	8	6,42	8	9,13
amb. FF (Hören)	13,8	17,4	18,3	19	19,4
amb. FF (Sehen)	13,8	15,7	15	16,4	15,5
Einzelintegration Kita	16,2	17,4	21,3	22,2	20,6
teilst. FF**	75,8	86,6	88,7	85,3	76
Gesamtergebnis	315	356	378	387	383

*amb. FF = ambulante Frühförderung

** teilst. FF = teilstationäre Frühförderung

Frage 2: Wie sieht die Prognose für die nächsten 5 Jahre in der LHP aus?

Als Basisjahr für die Prognose wurde die Anzahl Fälle der Frühförderung vom Stichtag 22.01.2019 verwendet, sowie die Bevölkerungsprognose vom Amt für Statistik und Wahlen. Als grundlegende Annahme für diese Prognose gilt, dass bestehende Rahmenbedingungen gleichbleiben.

Tabelle 2: Prognose der Entwicklung der Anzahl der Fälle in der Frühförderung in der LHP vom Jahr 2018-2035.

Prognose	0 bis unter 1 Jahre	1 bis unter 2 Jahre	2 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 4 Jahre	4 bis unter 5 Jahre	5 bis unter 6 Jahre	6 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 8 Jahre	0 bis unter 8 Jahre Gesamt
Jahr 2018 (Basisjahr)	1	10	24	59	88	109	95	12	398
Jahr 2023	1,0	10,1	23,8	62,6	91,1	120,0	104,5	13,8	420,5
Jahr 2028	1,0	10,4	24,4	63,7	92,1	121,0	105,9	13,9	428,0
Jahr 2035	1,1	11,2	26,1	67,8	97,8	127,8	111,6	14,5	455,1

Auf Grund des Bevölkerungswachstums wird die Anzahl der Fälle in der Frühförderung zunehmen. Insgesamt wird die Anzahl der Fälle in der Frühförderung (Alter 0-7 Jahre) um 14% wachsen von 398 Fällen im Jahr 2018 auf rund 455 Fälle im Jahr 2035.

Frage 3: Wie haben sich die Kapazitäten der Frühförderstellen in der LHP in den letzten 5 Jahren entwickelt?

In den Vereinbarungen mit den Trägern werden keine Kapazitäten vereinbart. Die Abrechnung der Leistungen der Frühförderung erfolgt in Form von Fachleistungsstunden.

Im Falle einer Bewilligung von Frühförderleistungen wird im ambulanten Bereich grundsätzlich eine Förderintensität von bis zu 2 Fördereinheiten pro Woche bewilligt. Alle Kinder, die einen festgestellten Frühförderbedarf aufweisen, können entsprechende Förderungen in der Stadt erhalten. Eine Begrenzung der Anzahl der zu fördernden Kinder besteht nicht.

Weiterhin werden im Rahmen integrativer Maßnahmen (Integrations-Kita und Einzelintegration) tägliche Förderungen im Rahmen der Kitabesuche der Kinder durchgeführt.

Frage 4: Sind die Frühförderstellen zeitlich flexibel und wie zu erreichen?

Die Träger sind jeweils über eine zentrale Telefonnummer erreichbar. Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

Die Frühförderstellen sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. Die Räumlichkeiten sind barrierefrei. Es stehen ausreichende Räume für Beratung, Diagnostik und ambulante heilpädagogische und medizinisch-therapeutische Leistungen der Frühförderung zur Verfügung.

Frage 5: Frühförderung ist eine heilpädagogische Maßnahme: Inwiefern sind Heilpädagoginnen / Heilpädagogen in den Frühförderstellen vorhanden?

Zur Erbringung der Leistungen der Frühförderung ist folgende Personalausstattung vorgegeben:

- Sozialarbeiter/innen mit Zusatzausbildung,
- Sozialpädagogen/innen,
- Heilerziehungspfleger/innen,
- Krankenschwestern und Erzieher/innen mit geeigneter Zusatzausbildung,
- Heilpädagogen/innen

Frage 6: Was hat die LHP in den letzten Jahren unternommen, um die Kapazitäten der Potsdamer Frühförderstellen zu erhöhen?

Die Umsetzung der Frühförderung in der LHP wird durch entsprechende Angebote von Trägern in der LHP realisiert. Diese Träger entscheiden eigenverantwortlich über die jeweiligen Kapazitäten ihrer Angebote. Eine Ausweitung dieser Angebote erfolgt daher nicht durch die LHP, sondern durch die jeweiligen Träger selbst. Wie in Frage 3 ausgeführt, wird die Anzahl der zu fördernden Kinder seitens der LHP nicht begrenzt.

Frage 7: Was kann die LHP zukünftig tun, um die Kapazitäten der Potsdamer Frühförderstellen zu erhöhen?

Die LHP kann durch Kommunikation von Prognosen der Entwicklung der Anzahl der Kinder mit Frühförderbedarfen in der LHP darauf hinwirken, dass sich die Trägerlandschaft auf eine verstärkte Nachfrage nach Angeboten der Frühförderung einstellen kann.

Frage 8: Wie haben sich Plätze in Integrations-Kitas (I-Kitas) in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Aktuell gibt es in der LHP 6 Kindertagesstätten mit Integrationsangeboten.

Name	Kapazität	I-Kita-Plätze
I-Kita Am Kanal	138	12
I-Kita Kinderhafen	214	26
I-Kita Nuthespatzen	93	27
I-Kita Oberlinhaus	108	8
I-Kita Sonnenland	240	16
I-Kita Sternschnuppe	185	15

Es sind zwei weitere Kindertagesstätten mit Integrationsangeboten in Planung.

1. I-Kita Hermannswerder -> Neubau
2. I-Kita Spatzennest -> Umbau von Regelkita in I-Kita

Frage 9: Was kann die LHP tun, um mehr Plätze in Integration-Kitas zu schaffen?

Die LHP kann in künftigen Ausschreibungen zum Betreiben von Kitas dafür Sorge tragen, dass ein ausreichender Anteil an Integrationsplätzen für Kinder vorgehalten wird.

Bericht des Seniorenbeirates für den GSI am 19.03.2019

Stellenbesetzung Seniorenbüro

Die Stellenbesetzung des Seniorenbeirates und des Beirates für Menschen mit Behinderung wird derzeit durch den Personalrat und die Personalabteilung geklärt.

AG Wohnen

Die Antwort durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung hat der Seniorenbeirat am 28.02.2019 erhalten. Im Hinblick Wohnraumförderung wird mitgeteilt, dass die Richtlinien der soz. Wohnraumförderung im Land Brandenburg ausgerichtet und angepasst werden. Dies geschieht gegenwärtig unter Einbeziehung der beteiligten Akteure sowie in einem offenen Diskurs mit den wohnungswirtschaftlichen verbänden innerhalb des „Bündnisses für Wohnen im Land Brandenburg“.

Am Donnerstag den 07.03.2019 fand eine öffentliche Anhörung im Landtag Brandenburg zum Gesetzentwurf „Gesetz über die soziale Wohnraumförderung im Land Brandenburg“ und „Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Brandenburg“ statt.

Umzug

Notfalldose 18/SVV/033

Infobrief

Der erste Infobrief des Seniorenbeirates wurde an über 200 Adressaten versandt die sich mit seniorenrelevanten Problemen befassen. Auch wurde er innerhalb der Stadtverwaltung an die Geschäftsbereiche und Fraktionen versendet. Der Seniorenbeirat möchte diesen Infobrief nutzen um über wichtige Themen zu informieren.

Am 11. März 2019 findet das turnusmäßige Gespräch mit Frau Kitzmann statt.

Neuwahl des Seniorenbeirates



Wolfgang Puschmann
Vorsitzender Seniorenbeirat



Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam informiert

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam,

seit mehr als 20 Jahren ist in Potsdam der Seniorenbeirat aktiv. Er greift die Probleme, Wünsche und Befindlichkeiten der mehr als 36.000 Potsdamer Senioren auf und bringt sie dort zur Sprache wo Lösungen gefunden werden können. Die Hauptsatzung ¹⁾ der Landeshauptstadt Potsdam räumt dem Seniorenbeirat eine „**besondere Vertretung der Interessen und gesellschaftlichen Belange der Gruppe der Seniorinnen und Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam**“ ein. Auf viele Fragen und für viele Probleme konnte der Seniorenbeirat zusammen mit den Stadtverordneten, dem Oberbürgermeister und der gesamten Verwaltung Antworten und Lösungen finden.

Um effektiv arbeiten zu können, hat der Beirat 6 Arbeitsgruppen gebildet, die sich spezifischen Fragen widmen. So hat sich die Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter“ gegenwärtig der Entwicklung des Wohngebietes „Kramnitz“ angenommen, damit dort die Wünsche der Senioren in den verschiedenen Facetten berücksichtigt werden. Ähnlich die Arbeitsgruppe „Soziales und Gesundheit“, die im Netzwerk "Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam" ²⁾ aktiv sind.

Die Hauptsatzung der Stadt bestimmt im §12: „Dem Beirat gehören mindestens 12 und höchstens 20 Mitglieder an. Mitglied des Seniorenbeirates können Personen sein, die das 55. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in Potsdam haben. Sie sind ehrenamtlich tätig. Die Mitglieder werden auf Vorschlag von Organisationen und Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Seniorenpolitik tätig sind, ... von der Stadtverordnetenversammlung für die Dauer der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung benannt.“ Infolgedessen wird auch in diesem Jahr der Seniorenbeirat im Rahmen einer Seniorendelegiertenkonferenz neu gewählt und anschließend durch den oder die Vorsitzende*n der benannt. Vorgesehen als Termin für diese Konferenz ist der

03. September 2019.

Haben wir für diese Aufgaben Ihr Interesse zur Mitwirkung geweckt, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die unten angegebene Kontaktadresse. Lesen Sie auch die Geschäftsordnung ³⁾ des Seniorenbeirates.

1) <https://www.potsdam.de/hauptsatzung-der-landeshauptstadt-potsdam>

2) <https://www.potsdam.de/content/netzwerk-aelter-werden-der-landeshauptstadt-potsdam>

3) https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/go_des_seniorenbeirates_28.01.2019.pdf

Übrigens:

Zukünftig werden wir auf diesem Weg über die Arbeit des Seniorenbeirates regelmäßig informieren und Ihnen seniorenrelevante Themen näherbringen. Wir beraten Senioren und Seniorinnen, ihre Angehörigen sowie seniorenrelevante Einrichtungen und leiten deren Sorgen und Probleme an die zuständigen Stellen weiter. Sprechen Sie uns an!

**Kontakt: Seniorenbeirat und das Seniorenbüro der Landeshauptstadt Potsdam
Hegelallee 6 - 10, 14467 Potsdam, Haus 2, Zimmer 157
Telefon: 0331 289-3436
E-Mail: seniorenbuero@rathaus.potsdam.de**



Netzwerk 
für Familien



Tag der offenen Tür
**Gesundheitsamt der
Landeshauptstadt
Potsdam**

Tag der offenen Tür Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Potsdam

Lernen Sie den Öffentlichen Gesundheitsdienst – Ihr Gesundheitsamt in Potsdam mit seinen vielfältigen und spannenden Aufgaben kennen. Es erwarten Sie interessante Aufklärungs- und Informationsaktivitäten, Mit-mach-Aktionen und vieles mehr rund um die Themen Gesundheit, Prävention, Infektionen und ihre Bekämpfung.

Programm: DRK-Blutspende, Potsdamer Verkehrswacht mit Bewegungsparcour, Teddybär-Klinik (bitte Teddy oder Plüschtier mitbringen), Sinnestestungen für Kinder, Impfberatung für Groß und Klein (bitte Impfausweis mitbringen), Zähneputzen im Schwarzlichtzelt, richtige Händehygiene, spielerisches Entdecken und Erleben der Ernährungspyramide, Wasseruntersuchungen und vieles mehr

Herausgeber: Landeshauptstadt Potsdam | Der Oberbürgermeister
Gestaltung: Bereich Presse und Kommunikation, Vivien Taschner | Fotos:
©Jamey Ekins - stock.adobe.com, ©Alena Ozerova - stock.adobe.com,
©asife - stock.adobe.com, ©BillionPhotos.com - stock.adobe.com (2),
©Mykola Komarovskyy - stock.adobe.com, ©279photo - stock.adobe.com



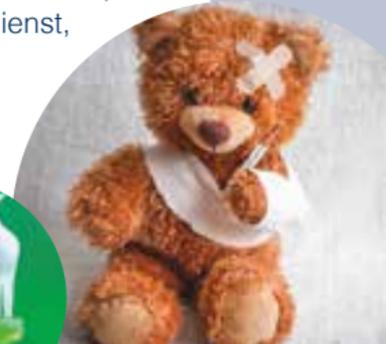
**Tag der offenen Tür
am 16.3.2019 von 10 bis 15 Uhr**

Ort: Gesundheitsamt
Campus des Klinikum
Ernst-von-Bergmann
Haus P
Berliner Straße 150a
14467 Potsdam

Tram 93, 94, 99
Haltestelle Holzmarktstraße

Mit freundlicher Unterstützung:
Feuerwehr Potsdam,
Potsdamer Verkehrswacht,
DRK-Blutspendedienst,
Labor Cottbus

*Wir
beraten
Sie
gern!*





- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
DS 19/SVV/0034

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Betreff: Einrichtung eines Ernährungsrats **prüfen**

Erstellungsdatum 14.03.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.03.2019	GSI		X

Neuer Text:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Gestaltung der Ernährungspolitik auf lokaler Ebene zu bilden.
2. Das Gremium erhält die Bezeichnung:
"Ernährungsrat der Landeshauptstadt Potsdam"
3. Dem Ernährungsrat sollen Vertreter folgender Wirtschaftseinrichtungen und –Bereiche angehören:
 - Erzeugern wie z.B. Forum Natur, Pro Agro, usw.
 - Handel wie z.B. AG Innenstadt, AG Babelsberg, Handelsverband Berlin-Brandenburg, DLG
 - Gastronomie/Tourismus, wie z. B. Dehoga, IHK, Verband der Köche
 - Entsorgung, wie z. B. STEP, ReFood
 - Lieferanten, wie z. B. Fruchtextpress, Frische Paradies, Weihe, usw.
 - Wissenschaft, wie z.B. Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam Rehbrücke Universität Potsdam, Klimainstitut
 - Verbraucher, wie z. B. Kita-, Schulträger, Verbraucherzentrale, Oberlinhaus, EvB-Klinikum usw.
 - Initiativen, wie z.B. die Tafel Potsdam e. V., Slowfood, Ich kann kochen!, usw.
 - die Verwaltung mit der Wirtschaftsförderung, dem Gesundheitsamt sowie weiteren betroffenen Bereichen
 - Gesundheitswesen
 - weitere betroffene Bereiche/interessierte Stellen/Organisationen
4. Der Ernährungsrat soll die Stadtverordnetenversammlung (SVV), deren Ausschüsse und die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam in allen, die Ernährung der Stadt betreffenden Angelegenheiten beraten sowie allen teilnehmenden Institutionen beratend zur Verfügung stehen.
5. Die Mitglieder des Wirtschaftsrates werden namentlich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters

durch die SVV für die Dauer von drei Jahren berufen. Die Fraktionen der SVV können ein Mitglied mit Anwesenheits- und Rederecht, ohne Stimmrecht, entsenden. Hierdurch soll die Unabhängigkeit der Empfehlungen des Ernährungsrates an die Stadtverordnetenversammlung gewahrt bleiben.

6. Der Ernährungsrat wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, die auch über den in Punkt 4. beschriebenen Aufgabenbereich hinausgehen kann.
7. Der Oberbürgermeister legt fest, welche Bereiche der Verwaltung ständige Teilnehmer an den Sitzungen des Ernährungsrates sind und welcher Bereich die Betreuung des Gremiums übernimmt. Zu den Inhalten der Betreuung gehören auch Fragen zur Ausstattung des Ernährungsrates, der Wechsel von Mitgliedern des Ernährungsrates sowie die Sicherstellung der Berichtspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung.
8. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dem Hauptausschuss im Juli 2019 einen Zwischenbericht und in der SVV im Oktober 2019 - gemäß Punkt 3 und 5 - eine Vorschlagsliste für die Berufung der Mitglieder vorzulegen.

Nach der Berufung der Mitglieder, ist durch den vom Oberbürgermeister festzulegenden Bereich gemäß Punkt 7 zur Konstituierung des Ernährungsrates einzuladen.

Begründung:

Ernährungsräte sind Werkzeuge, mit denen die Ernährungspolitik auf lokaler Ebene gestaltet werden kann. Sie bringen Menschen zusammen, um lokale, soziale und ökologische Ernährungssysteme zu schaffen. Nach großen Erfolgen vor allem im englischsprachigen Raum haben sich in Deutschland z. B. in Köln und Berlin erfolgreich Ernährungsräte gebildet.

Das Thema Ernährung ist aus der Stadtpolitik verschwunden. Zugleich steigt die Verunsicherung der Verbraucher. Die Diskussionen um den Klimawandel nehmen zu. Der Ressourcen- und Umweltverbrauch steigt stetig. Fehlernährung ist ein Massenphänomen. Parallel ist Lebensmittelverschwendung ein erhebliches Problem. Die Struktur der stadtnahen und urbanen Landwirtschaft, lokaler Produzenten und die Bedeutung der lokalen Lebensmittelindustrie liegt im Dunkeln. Genauso unbekannt sind die Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und soziale Themen, welche die Versorgung der eigenen Stadt lokal, regional sowie global hat. Lokale Ernährungspolitik und Stadternährungsplanung ist ein für die Stadtentwicklung unausgeschöpftes Potential. Es besteht die Chance, ein gesundheitsförderndes, widerstandsfähiges, faires, transparentes und nachhaltiges Ernährungssystem aufzubauen. Konkret kann die Nahversorgung verbessert, die Entwicklung einer Infrastruktur für Direktvermarktung und regionale Produkte geschaffen, urbane Landwirtschaft in verschiedenen Formen begünstigt oder die Gemeinschaftsverpflegung optimiert werden. Des Weiteren kann die Ernährungsbildung durch die Stadt gefördert werden. Das Ernährungssystem sollte zu einem festen Bestandteil von Image und Identität der Stadt werden. Die genannten Potentiale lassen sich durch einen Ernährungsrat generieren, der systeminterne Akteure aus Erzeugung, Verarbeitung, Handel, Konsum und Entsorgung verknüpft.

Ihr Interesse an einem Ernährungsrat haben bisher erkundet:

- Pro Agro
- die AOK Nordost
- der Brauereiverband Berlin Brandenburg
- Leadership-Brandenburg
- SlowFood

Mögliche Teilnehmer sind in der Anlage aufgeführt.

gez. M. Finken
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Mögliche Mitglieder für den Ernährungsrat Potsdam

Entsorgung

- STEP
- Refood

Handel

- Handelsverband Berlin-Brandenburg
- Regionalläden
- Märkte
- Rewe
- Edeka
- Kaufland
- Real
- Netto
- Fleischerinnung Potsdam
- Bäckerinnung
- DLG

Wissenschaft

- Rehbrücke Institut für Ernährungsforschung
- FH
- Klimainstitut
- Universität Potsdam

Verbraucher

- Kitaträger
- Schulträger
- Verbraucherzentrale
- Oberlinhaus
- Bergmann
- Bürgerinnen und Bürger

Gesundheitswesen

- AOK Nordost
- IKK
- Ärztammer BRB
- Healthcapital

Gastronomie/Tourismus

- Dehoga
- IHK
- Verband der Köche
- NGG-Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Potsdam Tourismus
- Handwerkskammer

Erzeuger

- Fischereiverband
- Landesjagdverband
- Forum Natur
 - Forst
 - Landesbauernverband
 - Bauernbund
- Landesverband Brandenburgischer Imker
- Pro Agro
- Fördergemeinschaft ökologischer Landbau
- Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie
- Brauereiverband

Stadt

- Gesundheitsamt
- Wirtschaftsförderung
- Verwaltung
- Bereich Soziales
- Bereich Schulen und Kitas
- Lebensmittelüberwachung

Initiativen

- SlowFood
- Ich kann kochen!
- Unverpackt Läden
- Leadership Brandenburg

Land

- ILB
- MLUL
- MWE
- MASGF

Mögliche Mitglieder für den Ernährungsrat Potsdam

1. Gastronomie/Tourismus

- 1.1. Dehoga
- 1.2. IHK
- 1.3. Verband der Köche
- 1.4. NGG-Nahrung-Genuss-Gaststätten
- 1.5. Potsdam Tourismus
- 1.6. Handwerkskammer

2. Erzeuger

- 2.1. Forum Natur
 - 2.1.1. Fischereiverband
 - 2.1.2. Landesjagdverband
 - 2.1.3. Forst
 - 2.1.4. Landesbauernverband
 - 2.1.5. Bauernbund
- 2.2. Landesverband Brandenburgischer Imker
- 2.3. Pro Agro
- 2.4. Fördergemeinschaft ökologischer Landbau
- 2.5. Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie
- 2.6. Brauereiverband

3. Stadt

- 3.1. Gesundheitsamt
- 3.2. Wirtschaftsförderung
- 3.3. Verwaltung
- 3.4. Bereich Soziales
- 3.5. Bereich Schulen und Kitas
- 3.6. Lebensmittelüberwachung

4. Initiativen

- 4.1. SlowFood
- 4.2. Ich kann kochen!
- 4.3. Unverpackt Läden
- 4.4. Leadership Brandenburg

5. Land

- 5.1. ILB
- 5.2. MLUL
- 5.3. MWE
- 5.4. MASGF

6. Gesundheitswesen

- 6.1. AOK Nordost
- 6.2. IKK
- 6.3. Ärztekammer BRB
- 6.4. Healthcapital

7. Verbraucher

- 7.1. Kitaträger
- 7.2. Schulträger
- 7.3. Verbraucherzentrale
- 7.4. Oberlinhaus
- 7.5. Bergmann
- 7.6. Bürgerinnen und Bürger

8. Wissenschaft

- 8.1. Rehbrücke Institut für Ernährungsforschung
- 8.2. FH
- 8.3. Klimainstitut
- 8.4. Universität Potsdam

9. Handel

9.1. Handelsverband Berlin-Brandenburg

9.2. Regionalläden

9.3. Märkte

9.4. Rewe

9.5. Edeka

9.6. Kaufland

9.7. Real

9.8. Netto

9.9. Fleischerinnung Potsdam

9.10. Bäckerinnung

9.11. DLG

10. Entsorgung

10.1. STEP

10.2. Refood



Etablierung eines Ernährungsrats in Potsdam

Vernetzung von Akteuren
aus Erzeugung,
Verarbeitung, Handel,
Konsum, Gesundheits-
wesen und Entsorgung

– Ein Vorschlag der CDU Potsdam –



CDU
POTSDAM

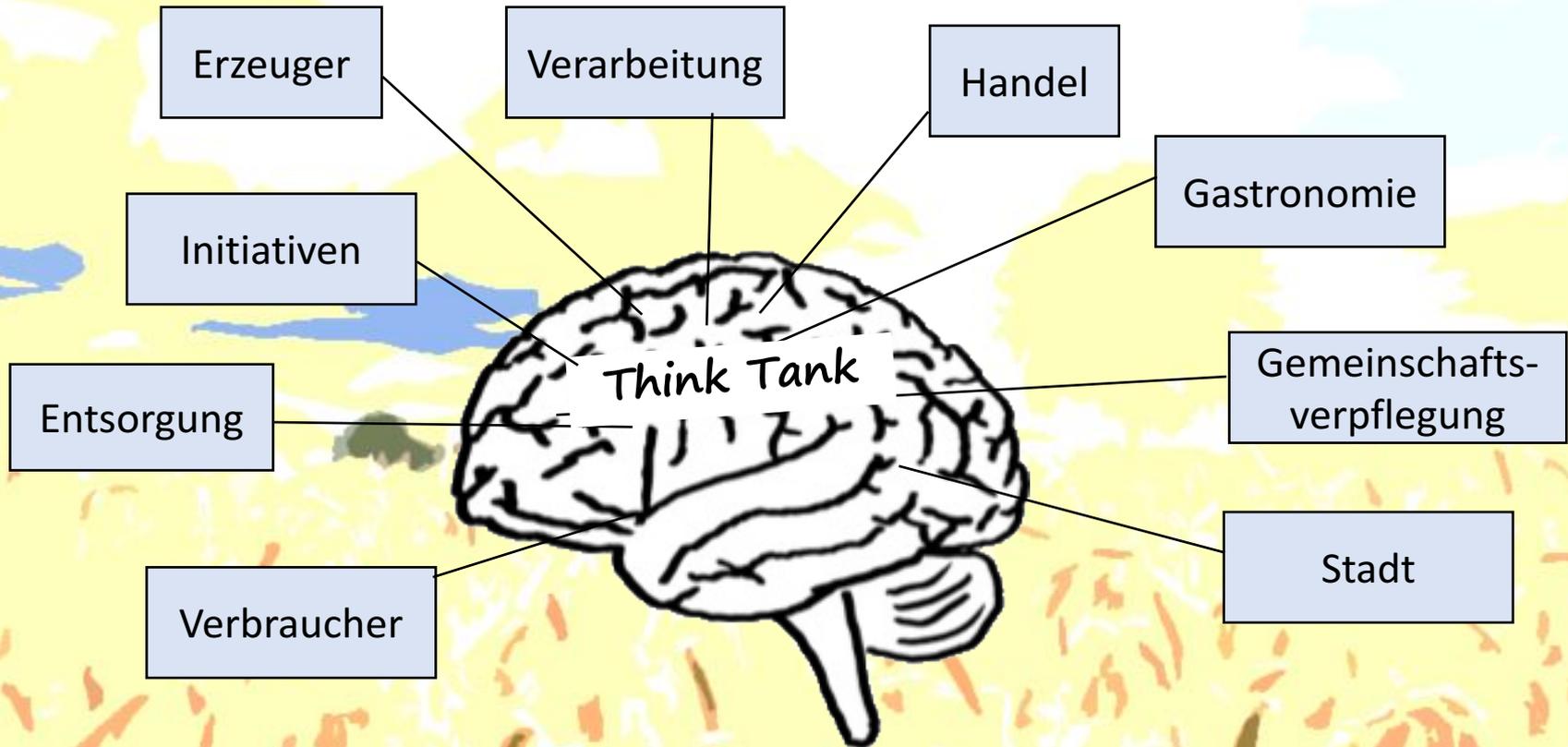
Ernährungsräte sind Werkzeuge, mit denen Ernährungs- politik auf lokaler Ebene gestaltet werden kann

Ernährung ist aus der Potsdamer Stadtpolitik verschwunden.

Die Verunsicherung der Verbraucher steigt.



- Fehlernährung mutiert zum Massenphänomen
- Lebensmittelverschwendung weiter auf dem Vormarsch
- Strukturen der stadtnahen und urbanen Landwirtschaft, lokaler Produzenten liegen im Dunkeln
- Lokale Lebensmittelindustrie nicht transparent
- Auswirkungen der Versorgung der Stadt auf Umwelt, Wirtschaft und Soziales weitgehend unbekannt



- **Gemeinsame Interessen und Ziele**
- **Gestaltung eines lokalen Ernährungssystems**
- **Impulsgeber**
- **Ernährung als Teil des Potsdamer Stadtimage**

Potsdam

Gesundheitsförderndes,
fares, transparentes,
nachhaltiges
Ernährungssystem

Bessere Nahversorgung

ER Potsdam als
Keimzelle,
landesweit ausrollen

Potenziale eines Ernährungsrats

Infrastruktur für
Direktvermarktung
entwickeln

Ernährungsbildung
etablieren

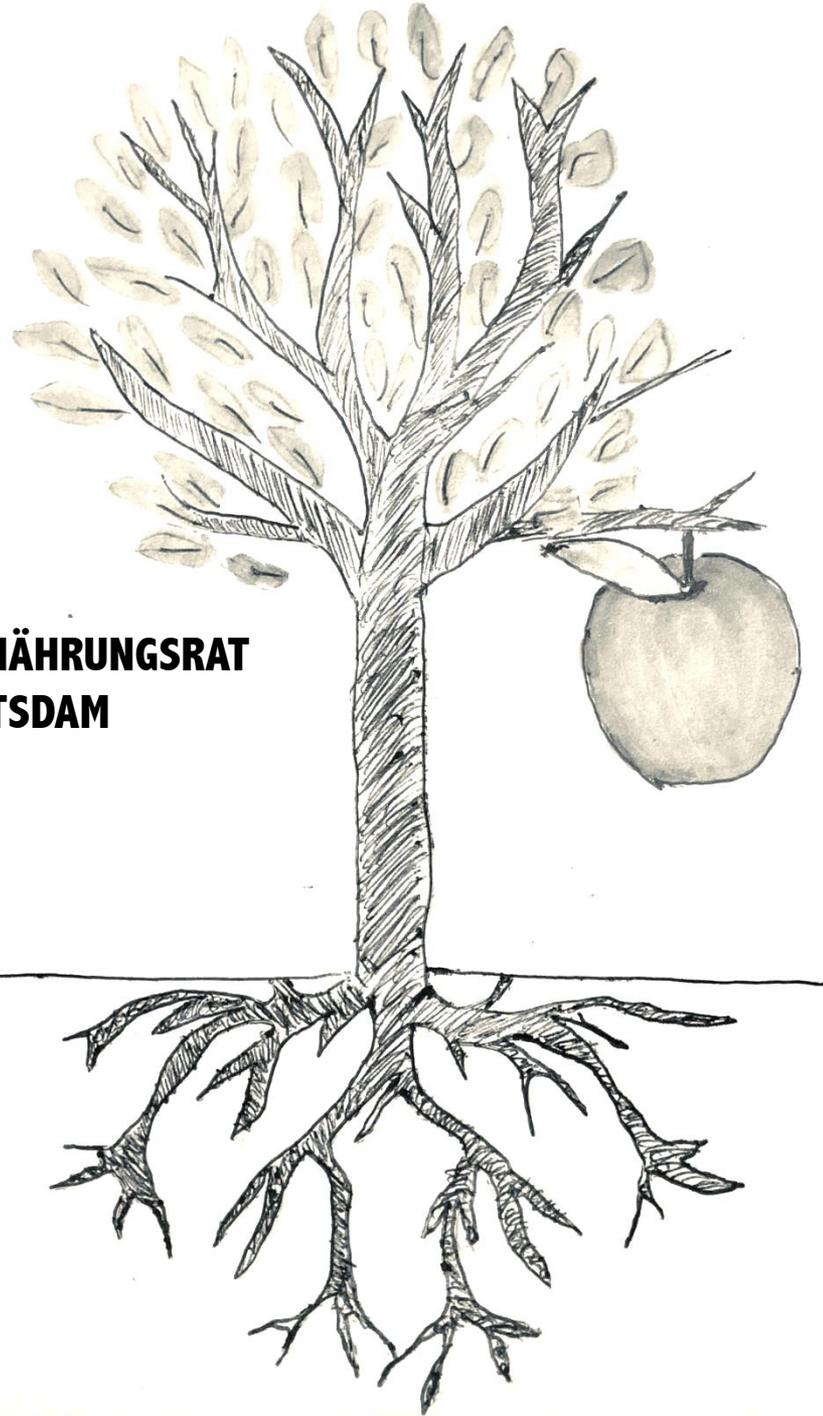
Regionale
Gemeinschaftsverpflegung
optimieren

Brandenburg





Ernährungsrat
Potsdam



**ERNÄHRUNGSRAT
POTSDAM**

Besser essen

Ein Ernährungsrat könnte die gesunde Ernährung der Potsdamer fördern – die CDU will prüfen lassen, ob so ein Bündnis für die Landeshauptstadt infrage kommt

Von Nadine Fabian

Potsdam. Jetzt geht's in Potsdam um die Wurst: Ernährungspolitik soll nicht länger eine Angelegenheit von Bund, Land und EU sein – Ernährungspolitik soll direkt vor Ort, soll direkt in Potsdam beginnen. Dafür setzt sich die CDU/ANW-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung ein und will prüfen lassen, wie sinnvoll es ist, einen Ernährungsrat für die Landeshauptstadt ins Leben zu rufen.

Ihre Idee haben die Christdemokraten erstmals im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion vorgestellt. Der Ernährungsrat soll – kurz gefasst – dafür sorgen, dass in Potsdam auch Potsdam auf den Tisch kommt. Dass die Menschen, die hier leben, einfacher an Lebensmittel kommen, die in der Umgebung angebaut und produziert wurden. Damit es gutes Essen für alle gibt – egal, wie dick oder dünn das Portemonnaie ist.

Ernährungsräte sind Teil der Umweltbewegung. Das Modell stammt aus den USA, wo es bereits in den 1980er Jahren aufkam und kurz nach der Jahrtausendwende boomte. In jüngster Zeit etabliert sich das

Viel Land in der Stadt

Im Potsdamer Stadtgebiet bewirtschaften mehr als 30 Betriebe über 4000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche: Ackerland, Grünland, Obstbauflächen.

Das Spektrum der Betriebsformen reicht vom Familienbetrieb bis zur Agrargenossenschaft, die Breite der Produktion vom Ackerbau über die Gärtnerei bis zur Rinderhaltung, von der konventionellen Produktion bis zum Ökolandbau sowie vom reinen Produktionsbetrieb bis zum Direktmarkter mit Hofladen.

Modell Stadt für Stadt auch in Deutschland. Solche Zusammenhänge haben sich etwa in Berlin, Köln, München, Frankfurt am Main und Dresden gebildet. Gefragt sind dabei Akteure aus Landwirtschaft und Verarbeitung, aus Handel und Vertrieb, aus der Gastronomie und selbst aus der Entsorgung. Sie sollen im Verbund ein lokales, soziales und ökologisches Ernährungssystem schaffen, das bis in die Schulmensa, die Rathauskantine und das Supermarktregal reicht.

Die Fraktion sieht Handlungsbedarf, weil nicht nur das Thema Ernährung aus der Stadtpolitik verschwunden sei: „Zugleich steigt die Verunsicherung der Verbraucher, die Diskussionen um den Klimawandel nehmen zu, der Ressourcen- und Umweltverbrauch steigt stetig, Fehlernährung ist ein Massenphänomen – parallel ist die Lebensmittelverschwendung ein erhebliches Problem.“ Damit folgt die Fraktion der Devise „Global denken, lokal handeln“. Man wäht in lokaler Ernährungspolitik ein für die Entwicklung Potsdams noch unberücksichtigtes Potenzial.

Zuallererst sei allerdings festzustellen, wie so ein Ernährungsrat für

Potsdam überhaupt gestaltet sein kann, wie er am besten zu organisieren ist – er müsse nicht zwangsläufig an die Verwaltung angedockt sein, sondern könne auch als Verein firmieren. Kurzum: Der Ernährungsrat soll zu Potsdam passen.

Das empfiehlt auch der Ernährungsrat im benachbarten Berlin – einer der dienstältesten in Deutschland. Man habe als „klassische Graswurzel-Initiative“ begonnen und sich nach zweijähriger Vorbereitung im April 2016 gegründet. Organisiert ist der Ernährungsrat Berlin bewusst rein zivilgesellschaftlich, er ist in keine kommunalen Verwaltungsstrukturen integriert und wird wissenschaftlich begleitet. Koordinator Niklas Schäfer bietet an, den Potsdamern beim Aufbau ihres Rats behilflich zu sein. Einfach nachmachen geht aber nicht: „Die Strukturen und Inhalte eines Ernährungsrats müssen dem jeweiligen lokalen Kontext angepasst werden“, so Schäfer.

„Wichtig ist es, von Beginn an möglichst alle relevanten Akteure mit einzubeziehen.“ Man sollte Mitstreiter sowohl aus allen Sektoren des Ernährungssystems gewinnen als auch aus allen Bevölkerungsgruppen. Einen ersten Erfolg kann der Ernährungsrat Berlin bereits vorweisen: Im Doppelhaushalt 2018/2019 hat das Land Berlin rund eine Million Euro bereitgestellt, um eine neue „Ernährungsstrategie“ zu entwickeln. Möglich gemacht hat diesen Posten im Etat auch der im Herbst 2017 vom Ernährungsrat verabschiedete, umfassende Forderungskatalog. Der richtet sich vor allem an den Senat und spannt einen weiten Bogen. So geht es unter anderem darum, die regionale Biolandwirtschaft zu fördern, Nutzpflanzen im öffentlichen Stadtraum anzubauen, Müll zu vermeiden, einen „Innovationscampus Ernährungswende“ aufzubauen und in Bildungsangebote „vom Acker bis zum Teller“ zu investieren.



Möhren können aus der Region stammen statt aus Holland. FOTO: STOCKADOBÉ.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0034

öffentlich

Betreff:

Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 08.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2019

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob ein Ernährungsrat einen Mehrwert für die Landeshauptstadt Potsdam sein kann und wie er am sinnvollsten organisiert werden kann. Dem Hauptausschuss ist bis März 2019 ein erster Zwischenbericht vorzulegen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ernährungsräte sind Werkzeuge, mit denen die Ernährungspolitik auf lokaler Ebene gestaltet werden kann. Sie bringen Menschen zusammen, um lokale, sozial und ökologische Ernährungssysteme zu schaffen. Nach großen Erfolgen vor allem im englischsprachigen Raum haben sich in Deutschland z. B. in Köln und Berlin erfolgreich Ernährungsräte gebildet.

Das Thema Ernährung ist aus der Stadtpolitik verschwunden. Zugleich steigt die Verunsicherung der Verbraucher. Die Diskussionen um den Klimawandel nehmen zu. Der Ressourcen- und Umweltverbrauch steigt stetig. Fehlernährung ist ein Massenphänomen. Parallel ist Lebensmittelverschwendung ein erhebliches Problem. Die Struktur der stadtnahen und urbanen Landwirtschaft, lokaler Produzenten und die Bedeutung der lokalen Lebensmittelindustrie liegt im Dunkeln. Genauso unbekannt sind die Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und soziale Themen, welche die Versorgung der eigenen Stadt lokal, regional sowie global hat.

Lokale Ernährungspolitik und Stadternährungsplanung ist ein für die Stadtentwicklung unausgeschöpftes Potenzial. Es besteht die Chance, ein gesundheitsförderndes, widerstandsfähiges, faires, transparentes und nachhaltiges Ernährungssystem aufzubauen. Konkret kann die Nahversorgung verbessert, die Entwicklung einer Infrastruktur für Direktvermarktung und regionale Produkte geschaffen, urbane Landwirtschaft in verschiedenen Formen begünstigt oder die Gemeinschaftsverpflegung optimiert werden. Des Weiteren kann die Ernährungsbildung durch die Stadt gefördert werden. Das Ernährungssystem sollte zu einem festen Bestandteil von Image und Identität der Stadt werden. Die genannten Potentiale lassen sich durch einen Ernährungsrat generieren, der systeminterne Akteure aus Erzeugung, Verarbeitung, Handel, Konsum und Entsorgung verknüpft.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0041

öffentlich

Betreff:

Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 08.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
30.01.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die Anwendung der Richtlinie und die damit erreichten Ergebnisse zu prüfen. Insbesondere soll geprüft werden,

- in welchem Umfang der Stadt durch die Anwendung der Richtlinie Einnahmen zur Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Kita, Grundschulen) zugeflossen sind;
- in welchem Umfang dadurch die Belastung der Stadt zur Finanzierung planungsbedingter sozialer Infrastruktur gemindert wurde;
- in welchem Umfang die Planungsbegünstigten an den tatsächlichen Planungskosten beteiligt wurden;
- wie hoch der Anteil von Vorhaben war, bei denen die Richtlinie angewendet wurde;
- wie hoch der Anteil von Wohnungen mit Belegungsbindung an den errichteten Wohnungen bei Vorhaben war, in denen die Richtlinie angewendet wurde und an den insgesamt in Potsdam errichteten Wohnungen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem Beschluss zum Potsdamer Baulandmodell sollte erreicht werden, dass die LH Potsdam die Nutznießer von planungsbedingten Wertsteigerungen an den Planungskosten bei B-Plan-Vorhaben beteiligt, dass Begünstigte auch zu einem signifikanten Teil zur Finanzierung der sozialen Infrastruktur, die infolge der durch die Schaffung des Baurechts möglichen Wohnungsbauvorhaben erforderlich wurde, herangezogen werden und dass bei allen Wohnungsbauvorhaben ein nennenswerter Anteil von Wohnungen mit Belegungsbindungen errichtet wird.

Das Potsdamer Baulandmodell wurde im November 2017 beschlossen. Nach einem Zeitraum von zwei Jahren ist eine Bewertung der Wirksamkeit des Baulandmodells angebracht.